

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen zum TOP 4.4)
Herr Glaser und Herr Griesner (GF ViP zu TOP 4.2)
Frau Steiner (Rederecht zum TOP 4.5.8)
Herr Gabbert (Rederecht zum TOP 4.6)
Herr Krause (SPD-Fraktion zum TOP 4.1)

Niederschrift:

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 9.12.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Vorstellung von Bauvorhaben

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 122-1 "Glienicker Winkel"
Vorlage: 14/SVV/0949
Fraktion DIE LINKE

- 4.2 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der
Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt
Vorlage: 14/SVV/1044
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
KOUL, FA, HA, OBR

- 4.3 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See
Vorlage: 14/SVV/1085
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL

- 4.4 Haushalt 2015/16, 1. Lesung
 - 4.4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016
Vorlage: 14/SVV/1088
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ausschüsse und OBR
 - 4.4.2 Zukunftsprogramm 2019
Vorlage: 14/SVV/1090
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR
 - 4.4.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: 14/SVV/1045
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR
- 4.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2015/16
 - 4.5.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche
Vorlage: 14/SVV/1058
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 2 Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure"
Vorlage: 14/SVV/1059
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben
Vorlage: 14/SVV/1061
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 7 Radfahren attraktiv und sicher machen
Vorlage: 14/SVV/1064
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- 4.5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr
Vorlage: 14/SVV/1066
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten
Vorlage: 14/SVV/1070
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.5.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs
Vorlage: 14/SVV/1073
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17 Entlastungsstraße für Potsdam Nord
Vorlage: 14/SVV/1075
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- neu Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18 Ausgaben für 'Barrierefreie Wege' deutlich erhöhen
Vorlage: 14/SVV/1076
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 "Scholle 51"
Vorlage: 14/SVV/1133
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 9.12.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 09.12.14 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht gibt es zu folgenden Tagesordnungspunkten: Zum TOP 4.6 MV „Scholle 51“ von Herrn Gabbert und zum TOP 4.5.6 Antrag Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17 Entlastungsstraße für Potsdam Nord - von Frau Steiner Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt Zustimmung zur Gewährung der Rederechte.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Herr Kirsch informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben erfolgt ist und kündigt an, dass zu einem Vorhaben in der Berliner Vorstadt die Information in der nächsten Sitzung erfolgen solle.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 4.1 Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 122-1 "Glienicker Winkel"
Vorlage: 14/SVV/0949
Fraktion DIE LINKE**

Herr Jäkel erinnert als Vertreter des Antragstellers, dass man sich in der vergangenen Sitzung ausgiebig mit der Thematik befasst habe und es zahlreiche Zusammenkünfte im Kleingartenbeirat gegeben hat. Es ist festzustellen, dass das Mediationsverfahren keine Annäherung der Punkte gebracht hat und von daher keine Fortführung des Mediationsverfahrens sinnvoll sei. Vielmehr müsse das Bebauungsplanverfahren weiter betrieben werden.

Herr Jäkel bringt für den Antragsteller folgende neue Fassung ein und begründet diese:

Der OB wird beauftragt, entsprechend Beschluss der StVV vom 07.05.2014 den Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 122-1 „Glienicker Winkel“ zur

Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist der Plan **entsprechend Darstellung mit einer einreihigen Bebauung südlich der Hermann-Maaß-Straße und der dauerhaften Festsetzung aller übrigen Flächen für kleingärtnerische Nutzung zu erstellen.**

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 122-1 „Glienicke Winkel“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Herr Heuer informiert, dass die Fraktion der SPD ebenfalls in Auswertung der Mediationsgespräche und von der Verwaltung vorgetragenen Fakten folgenden Änderungsantrag, als Kompromiss um dort Planungsschaden abzuwenden, vorbereitet hat: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **der Stadtverordnetenversammlung im II. Quartal 2015 zum Bebauungsplan Nr. 122-1 „Glienicke Winkel“ einen Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen; der Bebauungsplanentwurf ist auf Grundlage der beigefügten Planskizze zu erstellen. Die in Ziffer 8 des Beschlusses vom 07.05.2014 (DS 14/SVV/0259) getroffenen Festlegungen zum Planinhalt werden insoweit geändert. Der Bebauungsplanentwurf soll auf Grundlage §13a i.V.m. 30 Abs. 3 BauGB ins Verfahren gegeben werden.**

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) nimmt nochmals Bezug auf die Mitteilungsvorlage und erinnert, an seine Äußerungen in der vergangenen Sitzung, dass eine öffentliche Auslegung des Planentwurfs nicht empfohlen werden kann. Es werden erhebliche rechtliche Risiken gesehen, wenn ein Eingriff in bestehende Rechte der Eigentümerschaft ohne Grundlage erfolgt.

Herr Kirsch berichtet, dass Herr Heuer mit dem Grundstückseigentümer einen Kompromiss gefunden habe.

Herr Krause erklärt, dass er die Äußerungen des Eigentümerversprechers anlässlich des 3. Mediationsgesprächs so verstanden habe, dass dieser Vorschlag eine veritable Grundlage für die weitere Entwicklung sei. Im Übrigen haben die Eigentümer ja die Möglichkeit, im Rahmen der späteren öffentlichen Auslegung zu der Planung Anregungen vorzutragen.

Herr Jäkel teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE der Auffassung sei, dass ein nennenswerter Teil der Gartensparte erhalten werden soll (sh. mit der neuen Fassung ausgereichte Skizze – Variante 1). Notfalls auch Variante 2. Alles weitergehende würde keine Zustimmung der Fraktion DIE LINKE erhalten.

Als Ausschussvorsitzender schlägt Herr Jäkel vor, zunächst den weitestgehenden Antrag abzustimmen. Dies ist aus seiner Sicht die überarbeitete Fassung der Fraktion DIE LINKE /Variante 1. Dann kämen Variante 2 und dann der Antrag der Fraktion SPD.

Herr Kirsch vertritt die Auffassung, dass der Antrag der SPD-Fraktion der weitestgehende sei, da er am weitesten vom Ursprungsantrag 14/SVV/0949 abweicht. Er stellt den GO-Antrag, den Antrag der SPD-Fraktion als ersten

abzustimmen.

Abstimmungsergebnis des SPD-Antrages: 5/2/0

Damit erübrigt sich die Abstimmung des Ursprungsantrages und die jetzt an diese Stelle gesetzte Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **der Stadtverordnetenversammlung im II. Quartal 2015 zum Bebauungsplan Nr. 122-1 „Glienicker Winkel“ einen Billigungs- und Auslegungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen; der Bebauungsplanentwurf ist auf Grundlage der beigefügten Planskizze zu erstellen. Die in Ziffer 8 des Beschlusses vom 07.05.2014 (DS 14/SVV/0259) getroffenen Festlegungen zum Planinhalt werden insoweit geändert. Der Bebauungsplanentwurf soll auf Grundlage §13a i.V.m. 30 Abs. 3 BauGB ins Verfahren gegeben werden.**

(Planskizze sh. Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	0

**zu 4.2 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt
Vorlage: 14/SVV/1044**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
KOUL, FA, HA, OBR

Herr Glaser (technischer Geschäftsführer des Verkehrsbetriebes Potsdam) bringt die Vorlage ein und erläutert anhand einer Präsentation die vorgesehenen Maßnahmen:

- Verlängerung von 8 Combino Straßenbahnen incl. Anpassung der Werkstätten
- Grundinstandsetzung von 6 Tatra-Zugverbänden
- Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof (Leipziger Dreieck)
- Gleissanierung sowie Gleismittenerweiterung Heinrich-Mann-Allee sowie
- Straßenbahnstreckenerweiterung „Nordast“ von der Viereckremise zum Campus Jungfernsee.

Herr Glaser berichtet, dass die einzelnen Baumaßnahmen in nachfolgenden Sitzungen des SBV Ausschusses noch im Detail vorgestellt werden. In der Sitzung am 10.2.15 wird die erste Berichterstattung zur Straßenbahnverlängerung Campus Jungfernsee und der dort vorliegenden

Planfeststellung erfolgen.

Herr Kühnemann erkundigt sich nach dem Baumerhalt bei der Umsetzung der Maßnahmen Heinrich-Mann-Allee.

Herr Glaser informiert, dass eine Einzelfallbewertung erfolgen wird. Die Baumreihe auf der stadtauswärtigen Seite soll bestehen bleiben.

Herr Dr. Naumann erinnert, dass im letzten Jahr das Stadtentwicklungskonzept Verkehr beschlossen worden ist. Dies erfolgte mit der Zielstellung, den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen. Von daher sind die hier vorgestellten Projekte als gut zu bewerten und sollten in den Jahren 2015 bis 2019 umgesetzt werden. Er richtet die Bitte an die Ausschussmitglieder der Vorlage einstimmig zuzustimmen.

Auf verschiedene Rückfragen, wie

- Fahrgastgewinn bei Verbreiterung der Wagen
- Zu berücksichtigender Leitungslage
- Ertüchtigung der Tatra mit zusätzlichem Niederflurmittelteil wie in Brandenburg wäre ein massiver Eingriff in die Elektronik erforderlich, besser Ersatz durch Combinos

geht Herr Glaser ein.

Herr Griesner (kaufmännischer Geschäftsführer Verkehrsbetrieb Potsdam) informiert über das avisierte Szenario zur Finanzierung des ÖPNV-Infrastrukturpaketes und der daraus entstehenden Betriebs- und Folgekosten. Gemäß der Beschlussformel soll diese anteilig durch ÖPNV-Zuweisungen des Landes Brandenburg, zusätzliche Schlüsselzuweisungen der LHP sowie durch Kreditaufnahmen seitens VIP/SWP erfolgen. Letztere sollen durch Bürgschaften der Stadt abgesichert werden, um kommunalkreditähnliche Zinskonditionen nutzen zu können. Hier bedarf es der kommunalaufsichtlichen Genehmigung. Die Refinanzierung der Zwischenkredite sowie der Betriebs- und Folgekosten durch die Landeshauptstadt Potsdam erstreckt sich bis 2029. In der Umsetzung der Maßnahmen ist eine Vielzahl von Verträgen zwischen den beteiligten Akteuren (VIP, LHP und den Stadtwerken) erforderlich. Diese befinden sich in Aufbereitung und werden der Stadtverordnetenversammlung zeitnah vorgelegt.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Reihe von sinnvollen Maßnahmen und greift den Vorschlag auf, detaillierte Informationen zur Heinrich-Mann-Allee, Leipziger Dreieck und Verlängerung in den Potsdamer Norden im SBV-Ausschuss vorzustellen. Dabei sei es hilfreich, wenn entsprechendes Kartenmaterial bereits mit der Einladung bereitgestellt wird.

Die Verwaltung sagt zu, die 3 Projekte in den nächsten Sitzungen detailliert vorzustellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Erweiterung/Anpassung der ÖPNV Infrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt ist ein Verkehrsinfrastrukturpaket mit einem Volumen von 49,2 Mio. € vorgesehen.
2. Die einzelnen Maßnahmen
 - a) Straßenbahnstreckenerweiterung "Nordast" von der Viereckremise zum Campus Jungfernsee,
 - b) Gleissanierung sowie Gleismittenerweiterung Heinrich-Mann-Allee,
 - c) Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof (Leipziger Dreieck),
 - d) Grundinstandsetzung von 6 Tatra-Zugverbänden (12 Wagen),
 - e) Verlängerung von 8 Combino Straßenbahnen inkl. Anpassung der Werkstätten,
werden umgesetzt.
3. Die Finanzierung erfolgt durch:
 - a) ca. 2,1 Mio. €/a, die die Landeshauptstadt Potsdam für Investitionsmaßnahmen aus den ÖPNV-Zuweisungen des Landes Brandenburg erhält;
 - b) einmalig 13,6 Mio. € aus zusätzlichen Schlüsselzuweisungen der LHP, welche zielgerichtet für die Aufwendungen einer wachsenden Stadt eingesetzt werden;
 - c) Aufnahme von Fremdmitteln, welche, sofern sie außerhalb des Kernhaushaltes der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen werden, durch diese zu refinanzieren und möglichst in Form von Kommunalbürgschaften unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Kriterien und vorbehaltlich einer kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung zu besichern sind.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Abstimmung und Finanzierung des ÖPNV-Infrastrukturpaketes sowie zur Sicherung der daraus entstehenden Betriebs- und Folgekosten mit der VIP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH und der Stadtwerke Potsdam GmbH ergänzende vertragliche Regelungen zu vereinbaren

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See
Vorlage: 14/SVV/1085
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) berichtet, dass die Prüfung bereits erfolgt ist und aus Sicht der Verwaltung keine Notwendigkeit für eine Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See gesehen wird. Auch eine Unfallhäufigkeit bestehe nicht. Von einer Abmarkierung sollte nur Gebrauch gemacht werden, wenn ein zwingendes Erfordernis besteht.

Frau Hüneke stellt dar, dass nicht das Anbringen von Piktogrammen mit dem Antrag gefordert wird, sondern eher auf die gegenseitige Rücksichtnahme abzielt mit ggf. einigen ergänzenden Schildern und Geländern. Den Termin für die Berichterstattung ändert sie von Januar auf März 2015.

Herr von Einem informiert, dass am Spielplatz ein Drängelgitter und auch Schilder gestellt worden sind.

Herr Eichert empfiehlt der Antragstellerin sich vor Ort umzusehen und ggf. den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Herr Kirsch regt an, den Antrag in einen Prüfauftrag mit entsprechender Qualifizierung umzuwandeln.

Frau Hüneke greift den Vorschlag von Herrn Eichert auf und wird sich vor Ort umsehen, um ggf. den Antrag zu modifizieren.

Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung zurück gestellt.

zu 4.4 Haushalt 2015/16, 1. Lesung

zu 4.4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/1088

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ausschüsse und OBR

Durch Herrn Weise (Geschäftsstelle Bauen) erfolgt die Einbringung des Haushaltes 2015/2016 nach den Schwerpunkten des Ergebnishaushalts und des Investitionsprogramms 2015 bis 2019 unter Hinweis auf die ausgereichte Information vom 12.12.2014 zum Teilhaushalt 5 des Geschäftsbereichs 4.

Ferner wird durch Herrn Weise unter Hinweis auf die vorgenannte ausgereichte Information über die Umsetzung der haushaltsbegleitenden Beschlüsse

- zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes
- zum Mittelbedarf Unterhaltung Natursteinpflaster - Strategie und Konzept zum weitestgehenden Erhalt von Natursteinpflasterstraßen (DS 08/SVV/0665) sowie
- zu den Wettbewerben für Planungen und Bauvorhaben (DS 09/SVV/0746)

berichtet.

Nach der erfolgten Einbringung stellt Herr Kirsch unter Hinweis auf Seite 9 der ausgereichten Information zum Produkt 54600 Parkeinrichtungen die Frage, wo im Stadtgebiet Babelsberg weitere Parkscheinautomaten in räumlicher Erweiterung der Parkgebührensatzung aufgestellt werden sollen.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) äußert hierzu, dass die entsprechenden Informationen für das Stadtgebiet Babelsberg in Form eines Übersichtsplanes bis zum nächsten Ausschusstermin übergeben werden.

Darüber hinaus stellt Herr Kirsch in Hinblick auf die zur Verfügung stehenden 80 T€ die Frage zum Inhalt der Städtebaulichen Begutachtung „Westliche Insel Neu Fahrland“ (siehe hierzu Seite 15 der ausgereichten Information) sowie nach der Kostentragung seitens des Investors.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass die veranschlagten Mittel nicht in Gänze und ausschließlich für das Gutachterverfahren geplant sind, das den Bebauungsplanbereich auf der Insel Neu Fahrland abdecken soll. Anteil der Stadt sollen die Kosten sein, die für den erhöhten Aufwand eines echten konkurrierenden Verfahrens entstehen, auf das der Gestaltungsrat ausdrücklich Wert legt.

Unter Hinweis auf Seite 13 der ausgereichten Information zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts stellt Herr Jäkel die Frage, weshalb keine Mittel für die Maßnahme Uferweg Hermannswerder – Fortführung – Reststück im Wasserwerksbereich im Haushalt veranschlagt worden sind.

Herr Praetzel weist darauf hin, dass die Kosten für diese Maßnahme noch nicht abgeschätzt werden könnten und demzufolge keine Veranschlagung bisher im Haushalt erfolgt sei.

Auf die Rückfrage von Herrn Jäkel, wo diese Maßnahme in welchen Bereich des Haushalts veranschlagt werden müsste, teilt Herr Weise mit, dass dies voraussichtlich im Produktbereich der Gemeindestraßen als Investition vorbehaltlich der detaillierten Klärung der Maßnahme, der finanziellen Auswirkungen und des tatsächlichen Ausbaus geschehen müsste.

Herr Klipp stellt darüber hinaus klar, dass es sich hierbei um einen Neubau eines Uferweges handeln würde, mit der Maßgabe, dass die hierfür bereitzustellenden Eigenmittel aus dem Radverkehrskonzept aufzubringen seien, was er bei Erfüllung nachfolgender Prämissen für realisierbar im Budget ansieht. Voraussetzung wäre jedoch, dass die übliche Abarbeitung des vorliegenden Beschlusses hinsichtlich Wertgutachten der EWP, dann Änderung der Planung mit Kostenschätzung, dann Förderantrag und erst dann Veranschlagung im Investitionsprogramm erfolgt.

Herr Heuer bittet um Erläuterung, wo die Einnahmen aus der Richtlinie

Bauleitplanung Infrastruktur zur Beteiligung von Investoren im Haushalt bilanziert und aufgeführt werden.

Herr Goetzmann erläutert mit Hinweis auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage, dass hierzu derzeit mit der Kämmerei intensive Abstimmungsgespräche stattfinden würden, da es Probleme gäbe, wo und in welcher Höhe die Einnahmen aus dieser Richtlinie veranschlagt werden sollen.

Daraufhin vertritt Herr Heuer die Auffassung, dass er es schon in Sinne der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit auch angesichts der Problematik fehlender Eigenmittel im Bereich der Investitionen für bedenklich halte, wenn Einnahmen in der Größenordnung von ca. 2,75 Mio. € für die Baulandentwicklung im Haushalt nicht erscheinen würden.

Herr Goetzmann räumt dies durchaus ein und verweist jedoch darauf, dass mangels praktischer Erfahrungen bei der Anwendung der Richtlinie es bei der Abbildung im Haushalt noch Unsicherheiten gebe und die besondere Schwierigkeit insbesondere darin bestehen würde, die einzunehmenden Beträge in der Prognose realistisch der Höhe nach einzuschätzen und zu veranschlagen.

Herr Heuer vertritt dennoch die Ansicht, dass es aus seiner Sicht möglich sein müsse, hier nach derzeitigem Erkenntnisstand eine Schätzung und eine entsprechende Veranschlagung und Darstellung der Einnahmen aus der Richtlinie im Haushalt vorzunehmen und diese Darstellung könne dann im weiteren Prozess optimiert werden.

Frau Reimers schließt sich der Auffassung von Herr Heuer an und gibt den Hinweis, dass bei Zukunftsbetrachtungen Prognosen immer eine Rolle spielen und dass von daher die Einnahmen auch beziffert werden sollten.

Herr Heuer verweist auf Seite 92 des Teilhaushalts zum Produkt 51106 Stadterneuerung und bittet ferner um Erläuterung der Transferaufwendungen (in Höhe von rd. 2,3 Mio. € in 2015 und rd. 2,6 Mio. € in 2016) insbesondere von wo nach wo diese fließen und zu welchem Zweck diese erfolgen.

Herr Weise stellt dar, dass es sich bei diesen Transferaufwendungen um die rein buchungs- und bilanztechnische Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP) für Zuwendungen an Planabschreibungen zu Neuinvestitionen bzw. für Zuwendungen an verbundenen Unternehmen (Treuhand) im Zusammenhang mit den Treuhandvermögen handeln würde.

Herr Jäkel und Herr Heuer bitten darum die buchungstechnischen und bilanztechnischen Vorgänge und Zusammenhänge dieser Transferaufwendungen in Zusammenhang mit den Treuhandvermögen in einer Beispieldarstellung dem SBV-Ausschuss vorzustellen und zu erläutern.

Herr Weise sagt zu, dass er die Hauptbuchhaltung und die Kämmerei des FB 11 um Unterstützung bitten werde, dass eine Aufstellung dieser Transferaufwendungen und eine Erläuterung der buchungstechnischen und bilanztechnischen Vorgänge und Zusammenhänge anhand der Präsentation eines Beispiels in der nächsten Sitzung des SBV-Ausschusses erfolgt.

Herr Heuer bittet um Erläuterung, an welcher Position im Haushalt die Nachkalkulation zur Straßenreinigung und zum Winterdienst zu finden sei.

Herr Praetzel verweist darauf, dass die derzeitige Planung im neu zusammengefassten Produkt 54501 Straßenreinigung und Winterdienst zu finden sei und auf der Gebührenkalkulation für 2014/2015 basieren würde. Ferner weist er darauf hin, dass in diesem Jahr für den Kalkulationszeitraum 2016/2017 eine neue Gebührensatzung erarbeitet wird.

Herr Heuer stellt unter Hinweis auf Seite 170 des Teilhaushalts des GB 4 zum Produkt Grün- und Landschaftsbau die Frage, welche fachlichen Gründe zu einer erheblichen Erhöhung der Aufwendungen in diesem Produkt von 7,2 Mio. € in 2014 auf 9,4 Mio. € in 2015 geführt haben.

Herr Weise stellt klar, dass es sich bei dieser Steigerung um ca. 2,2 Mio. € im Wesentlichen um die Erhöhung der Abschreibungen handeln würde. Er schlägt ferner vor, zur nächsten Sitzung des SBV-Ausschusses eine Aufstellung zu diesem Produkt 55100 als Nachweis vorzulegen.

Herr Heuer bittet um Mitteilung, weshalb die Privatisierung des Marktes „Am Bassin“ erfolgen solle und ob nicht eine Erhöhung der Benutzungsgebühren ausreichend wäre.

Herr Klipp verweist auf Seite 68 des Zukunftsprogramms, woraus eindeutig ersichtlich sei, dass allein die Anpassung der Benutzungsgebühren nicht ausreichend wäre, um den Zuschussbedarf auf Null zu reduzieren und die kostendeckende Bertreibung des Marktes zu ermöglichen. Vielmehr wäre dies nur über eine Privatisierung des Marktes erreichbar.

Herr Schütt fragt nach, wie bei der Bewirtschaftung der Parkscheinautomaten (Produkt 54600 Parkeinrichtungen) der Wegfall des Parkplatzes Babelsberger Straße von 120 T€ kompensiert werden kann

Herr Praetzel macht darauf aufmerksam, dass ohnehin eine Evaluation der Parkraumbewirtschaftung beabsichtigt wäre und dass dann ggf. die Überarbeitung des Parkraumbewirtschaftungskonzepts zur Kompensation vorgesehen ist. Nachträgliche Anmerkung ist die Feststellung, dass für die Bewirtschaftung des i.R. stehenden Parkplatzes eine Auskehrpflicht bestand und keine tatsächlichen Erlöse erwirtschaftet wurden.

Herr Schütt bittet bezüglich der Veranschlagung von Mitteln im Haushalt zur „Braunen Tonne“ um Auskunft.

Herr Klipp verweist hierzu auf den GB 3, weil die abfallwirtschaftliche Betreuung zur „Braunen Tonne“ in der Zuständigkeit des GB 3 verblieben ist

Herr Krause bittet um Erläuterung, weshalb für die Maßnahme Kramnitz eine doppelte Grunderwerbsteuer in Höhe von 247 T€ im Haushalt veranschlagt worden ist.

Herr Goetzmann weist darauf hin, dass vielfältige intensive Verhandlungen und selbst rechtliche Auseinandersetzungen mit der Steuerverwaltung, diese auch aus Sicht der Stadtverwaltung unsinnige doppelte Veranschlagung der Grunderwerbssteuer beim Vermögensübergang zwischen Treuhandvermögen und städtischem Fachvermögen zu vermeiden, schon bei anderen Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen leider gescheitert sind. Deshalb bleibt steuerrechtlich keine andere Wahl als diese Mittel im Haushalt zu veranschlagen.

Frau Hüneke stellt die Frage, ob bezüglich der Radwege eine Gleichbehandlung zu den anderen Verkehrsanlagen erreicht werden kann.

Herr Praetzel äußert hierzu, dass die Durchführung der satzungsgemäßen Straßenreinigung und des Winterdienstes auch auf den Radverkehrsanlagen erfolgt.

Ferner bittet Frau Hüneke um einen gesonderten Termin mit dem Fachbereich 47 für Rückfragemöglichkeiten bezüglich des Haushalts zum Thema Natursteinpflaster.

Herr Praetzel bestätigt, dass er einen entsprechenden Termin mit Frau Hüneke vereinbaren wird.

Herr Putz (Behindertenbeirat) macht deutlich, dass die jährlich veranschlagten Mittel in Höhe von 80 T€ für die behindertengerechte Herstellung der Verkehrsanlagen gemäß Abkommen Barcelona für die gesamten Verkehrsanlagen der Stadt Potsdam im Hinblick auf hierfür notwendigen Investitionen viel zu gering veranschlagt seien.

Herr Klipp macht darauf aufmerksam, dass neben den 80 T€ zum behindertengerechten Ausbau im Rahmen der baulichen Unterhaltung und Instandsetzung (aus dem Ergebnishaushalt) selbstverständlich zusätzlich im Rahmen der Planung und dem Neubau der im Investitionsprogramm veranschlagten Maßnahmen für Straßen- und Verkehrsanlagen grundsätzlich der behindertengerechte Ausbau mitberücksichtigt wird.

Die Vorlage wird bis zur nächsten Sitzung zurück gestellt.

zu 4.4.2 Zukunftsprogramm 2019

Vorlage: 14/SVV/1090

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR

Herr Jäkel fragt nach, welche Alternativen es geben würde und welche Positionen zu streichen wären, wenn keine Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer B seitens der Stadtverordneten erfolgen sollte.

Herr Klipp macht deutlich, dass diese Frage nicht von der Verwaltung zu beantworten sei, sondern in Richtung der Politik weiterzugeben wäre und in den dortigen Gremien geklärt werden müsse

Die Vorlage wird bis zur nächsten Sitzung zurück gestellt.

zu 4.4.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015

Vorlage: 14/SVV/1045

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR

Kein Redebedarf. Die Vorlage wird bis zur nächsten Sitzung zurück gestellt.

zu 4.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2015/16

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung gibt es die Bitte von Herrn Putz zusätzlich zu den Bürgerhaushalts-Vorschlägen auch die DS 14/SVV/1076 „Ausgaben für barrierefreie Wege“ deutlich erhöhen im SBV-Ausschuss zu behandeln.

4 Ausschussmitglieder stimmen dafür, bei 3 Enthaltungen.

zu 4.5.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche
Vorlage: 14/SVV/1058

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Klipp macht aufmerksam, dass der Stadtkanal und die Garnisonkirche nichts miteinander zu tun haben.

Zur Garnisonkirche gibt es eine gültige Beschlusslage, keine städtischen Gelder einzusetzen.

Im Hinblick auf den Stadtkanal gibt es mehrere Beschlüsse zum Ausbau des Stadtkanals. Die Umsetzung stockt im Moment; sollte es dafür jedoch wieder Städtebaufördermittel geben würden entsprechende Eigenmittel eingesetzt.

Herr Klipp rät davon ab, den Antrag in dieser Kombination Stadtkanal und

Garnisonkirche zu unterstützen.

Herr Heuer schließt sich den Ausführungen von Herrn Klipp an.

Herr Linke vertritt die Ansicht, dass auch für die Garnisonkirche öffentliche Mittel verwendet werden und verweist dabei auf den Abriss des Rechenzentrums. Er spricht sich dafür aus, den Antrag im Paket zu belassen.

Frau Hüneke folgt den Meinungen von Herrn Klipp und Herrn Heuer. Sie erkundigt sich, ob in den Jahren 2015/16 städtisches Geld für den Stadtkanal vorgesehen sind?

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass diese Frage einer weiteren Differenzierung bedürfe. Geld für Folgekosten sind im Doppelhaushalt nicht vorgesehen. Wohl aber für die Trassensicherung innerhalb des Bebauungsplanverfahrens erforderlich. Die Weiterführung des B-Plan-Verfahrens ist ohne personellen Einsatz nicht nichtmöglich und dies erfordere den Einsatz von Personalkosten.

Frau Hüneke spricht sich dafür aus den Antrag abzulehnen und auf die bestehende Beschlusslage zur Garnisonkirche hinzuweisen.

Herr Berlin hält die Zustimmung komplett für möglich.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der SBV-Ausschuss lehnt den Antrag mit 2/4/0 ab und verweist auf die bestehende Beschlusslage zur Garnisonkirche.

zu 4.5.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 2 Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure"
Vorlage: 14/SVV/1059

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass es definitiv nicht vorgesehen sei, im Zeitraum des Doppelhaushaltes 2015/16 Gelder dafür zu verwenden.

Herr Heuer betont, dass er den 2. Satz des Antrages nicht für akzeptabel hält.

Herr Klipp rät von einer inhaltlichen Trennung ab und verweist auf das laufende Werkstattverfahren.

Herr Jäkel schlägt vor, nur über den 1. Satz abzustimmen. Der 2. Satz hat eher den Charakter einer Begründung.

Nach weiteren Äußerungen von Ausschussmitgliedern verständigt sich der SBV-Ausschuss darauf, nur zum 1. Satz des Antrages zu votieren und stimmt diesem mit 4/1/1 zu.

**zu 4.5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben
Vorlage: 14/SVV/1061**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Klipp macht aufmerksam, dass es auch in diesem Antrag eine Kombination von zwei Beschlussinhalten gebe. Zudem entspricht dies nicht den Absprachen, die zwischen der Stadt und der Stiftung gelaufen sind.

Herr Berlin plädiert dafür, nur den 1. Satz abzustimmen.

Frau Hüneke erinnert daran, dass es eine komplexe Ministerentscheid zum Fußballplatz gebe und spricht sich dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Der SBV-Ausschuss verständigt sich darauf, nur zum 1. Satz des Antrages zu votieren. Dieser wird mit 2/4/0 abgelehnt.

**zu 4.5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 7 Radfahren attraktiv und sicher machen
Vorlage: 14/SVV/1064**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jäkel macht aufmerksam, dass in dem Antrag 6 verschiedene Bürgervorschläge zusammengefasst wurden, welche bei positiver Intention jedoch sehr unterschiedlich geeignet sind. Darum empfiehlt er die Fassung eines Prüfauftrages.

Frau Hüneke regt ebenfalls an, den Antrag als Prüfauftrag zu betrachten, mit dem Vermerk, dass das Radverkehrskonzept im Grundsatz diesen Anliegen folgt.

Der SBV-Ausschuss verständigt sich darauf, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Hier erfolgt Zustimmung mit 6/0/0 mit dem Verweis, dass dem Anliegen im Radverkehrskonzept grundsätzlich gefolgt wird.

zu 4.5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr

Vorlage: 14/SVV/1066

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Berlin schlägt die Umwandlung in einen Prüfauftrag vor, so dass man sich weiter mit dieser Thematik auseinandersetzen müsse.

Herr Jäkel regt an auszuloten, welche Möglichkeiten des kostenlosen ÖPNV es zumindest für Teilbereiche geben könne.

Herr Dr. Naumann empfiehlt den Antrag abzulehnen und verweist auf die Kosten.

Auch Herr Heuer spricht sich für eine Ablehnung aus, da die Umsetzung nicht leistbar sei.

Herr Eichert schließt sich den Vorrednern an. Der Antrag ist nicht realisierbar. Der ViP ist ständig in Prüfung und bietet attraktive Angebote.

Der SBV-Ausschuss lehnt den Antrag mit 4 Stimmen ab, da die Umsetzung nicht für realisierbar gehalten wird. 2 Ausschussmitglieder sprechen sich für eine Prüfung aus.

zu 4.5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten

Vorlage: 14/SVV/1070

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass die im Antrag angesprochenen Flächen nicht identisch mit den im Bebauungsplan festgesetzten Flächen sind. Die Flächen außerhalb des Geltungsbereiches sind für eine Wohnnutzung vorgesehen.

Herr Berlin und Frau Reimers sprechen sich dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Der SBV-Ausschuss lehnt den Antrag mit 5 Stimmen ab. 1 Ausschussmitglied stimmt für einen Prüfauftrag.

zu 4.5.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs
Vorlage: 14/SVV/1073

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Heuer schlägt die Umwandlung in einen Prüfauftrag vor.

Der SBV-Ausschuss befürwortet mit 6/0/0 die Umwandlung in einen Prüfauftrag an den Verkehrsbetrieb Potsdam.

zu 4.5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17 Entlastungsstraße für Potsdam Nord

Vorlage: 14/SVV/1075

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Steiner erhält Rederecht und richtet die Bitte an die Ausschussmitglieder zu überlegen, als Alternative für den pendelnden Individualverkehr, einschl. Versorgung, eine Entlastungsstraße (Umgehungsstraße) für Potsdam Nord einzurichten.

Herr Klipp äußert, dass Potsdam kein Problem mit dem Durchgangsverkehr habe, sondern mit den Pendlern, die morgens in die Stadt hinein und abends raus aus Potsdam fahren. Die Umsetzung sei weder finanziell noch planerisch möglich.

Herr Heuer bittet die Inhalte des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr zu vermitteln, im Rahmen der Erarbeitung wurden intensive Gespräche geführt.

Herr Jäkel bestätigt, dass das Problem nicht der Durchgangsverkehr sei. Das Problem in Potsdam besteht in starker Belastung durch Quell- und Zielverkehre von Potsdamern und Menschen aus dem unmittelbaren Umfeld von Potsdam. Mit weiter wachsender Einwohnerzahl wächst auch die Verkehrsmenge, die über die nur 2 Havelbrücken für Straßenverkehr täglich abgewickelt werden muss. Dabei haben viele Verkehrsteilnehmer nicht das Zentrum von Potsdam als Ziel, aber sie müssen durch das Zentrum hindurch, um auf die andere Seite der Havel zu gelangen! Auch im Werkstattverfahren Innenstadtverkehr wurde vielfach eine Umgehungsstraße für das Zentrum gefordert. Darum hält Herr Jäkel weitere Prüfung für dringend und unterstützt das Anliegen des Vorschlages.

Herr Eichert verweist auf die rasant wachsende Stadt und plädiert dafür, sich nicht zu verschließen. Ggf. sollten auch Entlastungsstraßen befürwortet werden.

Herr Kahle (Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt Bezug auf den Bundesstraßenverkehrswegeplan und macht aufmerksam, dass das Land sich dagegen ausgesprochen hat, eine solche Überlegung in den nächsten 10 Jahren in die Planung aufzunehmen. Damit habe sich das Land eindeutig positioniert.

Frau Hüneke empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Herr Schütt widerspricht der Äußerung von Herrn Kahle und erinnert an den Beschluss hinsichtlich Zusammentreffens eines gemeinsamen Verkehrsbeirates Potsdam und Potsdam-Mittelmark. Seines Erachtens gab es das letzte Treffen im März 2014.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) äußert, dass vermutlich der Beschluss „Regionale Projekte voranbringen“ zur Durchführung gemeinsamer Sitzungen der Hauptausschüsse der LHP und des Landkreises Potsdam-Mittelmark gemeint ist. Eine Fortführung wird es geben.

Es erfolgt auf Bitte von Herrn Linke die Abstimmung zu den einzelnen Spalten. 2 Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, den Antrag anzunehmen, 4 Ausschussmitglieder sind für eine Ablehnung.

Damit lehnt der SBV-A. den Antrag mit 2/4/0 ab.

neu

**Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18 Ausgaben für 'Barrierefreie Wege' deutlich erhöhen
Vorlage: 14/SVV/1076**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Klipp informiert, dass für die Umsetzung von kleinteiligen Maßnahmen (z.B. für Absenkungen bzw. Querungshilfen) im Sinne des Beschlusses von Barcelona pro Jahr 80 T€ im Ergebnishaushalt veranschlagt worden sind. Für die im Antrag vorgeschlagene Erhöhung auf die Hälfte des jährlichen Budgets des Radfahrkonzeptes (rd. 500 T€ - Hälfte ca. 250 T€) könne keine Deckungsquelle vorgeschlagen werden. Zudem bittet Herr Klipp die Maßnahmen für einen behinderten gerechten Ausbau nicht gegen die Maßnahmen zur Umsetzung des Radfahrkonzeptes aufzurechnen.

Herr Eichert rät der Intention des Antrages zu folgen und die Finanzierung zu Lasten des Radwegekonzeptes vorzunehmen.

Herr Jäkel spricht sich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen darzustellen, was in Richtung Intention des Antrages an Maßnahmen erfolgen könnte bzw. sich teilweise bereits in Erledigung befindet.

Frau Hüneke regt an, eine Prüffassung zu finden, wie man dem inhaltlichen Anliegen folgen könne.

Herr Putz (Behindertenbeirat) macht aufmerksam, dass insbesondere in der Innenstadt Notwendigkeit besteht.

Herr Eichert bringt zum Ausdruck, dass mit dem Prüfauftrag nicht die Darstellung erfolgen soll, was gemacht wird, sondern um wieviel konkret eine Erhöhung erfolgen könne.

Herr Klipp unterbreitet den Vorschlag aufzubereiten, wie innerhalb des Gesamtbudgets der Antragsintention gefolgt werden kann.

Der SBV-Ausschuss stimmt der Umwandlung in einen Prüfauftrag mit 6/0/0 zu. Gemeinsam mit der Verwaltung sollte geprüft werden, wie die Ausgaben zur Umsetzung des Beschlusses von Barcelona erhöht werden könnten.

zu 4.7

"Scholle 51"

Vorlage: 14/SVV/1133

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
(Mitteilungsvorlage)

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) geht auf die Situation ein (Folie sh. Anlage). Wenn die Feststellung der Funktionslosigkeit erfolgt, stünde diese jedoch im Widerspruch zum Beschluss der STVV vom September 2014.

Herr Gabbert nimmt als Vertreter der Nutzer der „Scholle 51“ das Rederecht wahr und informiert, dass man sich mit dem Eigentümer der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Kaufverhandlungen befinde und ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept vorgelegt habe, um vielfältige Nutzungen zu sichern. Er spricht sich für eine Änderung des Bebauungsplanes aus, so dass statt einer Kita-Nutzung eine kulturelle Nutzung vorgesehen ist.

Er ergänzt, dass man mit einem Beschwerdeführer im Gespräch sei und die lärmintensiven Veranstaltungen nicht in der Scholle 51, sondern in der Geschwister-Scholl-Str. 34 vorgesehen sind.

Herr Klipp betont, dass sowohl mit der eigentumsrechtlichen Sicherung als auch dem Bemühen um eine friedliche Nachbarschaft der richtige Weg verfolgt wird. Das Verlegen der lärmintensiven Veranstaltungen in die Geschwister-Scholl-Str. 34 setzt entsprechende Nutzungsgenehmigungen voraus und er rät diese zu beantragen.

Herr Goetzmann bestätigt, dass an der einen und an der anderen Stelle die Schaffung einer Genehmigungssituation nach Klärung des Eigentumsrechtes erforderlich ist.

Der SBV-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 5

Mitteilungen der Verwaltung

keine

zu 6

Sonstiges

keine

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift